

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIV 1–2008

MEDIEN IM NORD-SÜD-KONFLIKT

Schwerpunktredaktion: Bettina Köhler

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 BETTINA KÖHLER
Medienkritik im Nord-Süd-Verhältnis
- 16 CEES J. HAMELINK
New Media, the Internet and the North/South Conflict
- 33 JANET WASKO
What is Media Imperialism?
- 57 NAOMI SAKR
Oil, Arms and Media: How US Interventionism Shapes Arab TV
- 82 GEORGETTE WANG
Reconceptualizing the Role of Culture in Media Globalization:
Reality Television in Greater China
- 99 FRANZ NUSCHELER, VERONIKA WITTMANN
*Global Digital Divide: eine neue Dimension der Zentrum-
Peripherie-Polarisierung*
- 122 ALMUT SCHILLING-VACAFLOR
Indigene Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen im
bolivianischen Verfassungsänderungsprozess: ein Vergleich der
CONAMAQ und der CSUTCB
- 146 Rezension
- 150 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 154 Impressum

BETTINA KÖHLER

Medienkritik im Nord-Süd-Verhältnis

Mit dem Aufkommen und der massenhaften Verbreitung neuer Medien(-technologien) gingen historisch immer Auseinandersetzungen in Bezug auf die Frage einher, welche gesellschaftliche Rolle diese fortan spielen würden. Das betrifft auch und gerade die globalen Nord-Süd-Verhältnisse und produzierte Bilder „des Südens“ in den Gesellschaften des Nordens. Dabei ist keineswegs ausgemacht, worauf der Begriff „Medien“ überhaupt bezogen wird. Eher universelle Medienbegriffe, nach denen Medien sehr weit und im Sinne des Wortes gefasst werden, d.h. als dazwischentretende Instanzen der Vermittlung, verweisen gleichermaßen auf Repräsentationsformen, Techniken, Symboliken, aber auch auf soziale Funktionen (vgl. Mersch 2006: 10f). Dem lassen sich eher technologische Medienbegriffe gegenüberstellen, die sich primär auf mechanisch-technische Vervielfältigungsverfahren von Sprache und Schrift bzw. deren „material-technischen Zeichenträger bzw. Mittler“ beziehen (Kübler 2003: 22, 17ff).

Fragen nach der Rolle von Medien werden häufig im Hinblick auf die Konstitution und die strukturelle Veränderung von Öffentlichkeit und Demokratie diskutiert. Ausgangspunkt hier ist die Annahme, dass BürgerInnen, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und politische Entscheidungen fällen zu können, auf Informationen angewiesen sind, welche sie abwägen und debattieren können. Die Verhandlung der „öffentlichen Sache“ in der *res publica*, so die Annahme, braucht Kommunikation, um öffentlich zu sein. Information ist in dieser Perspektive „ein wesentliches Element für eine funktionierende Öffentlichkeit“ und den (Massen-)Medien kommt die Rolle der Informationsvermittlung zu (Becker 2003: 50; vgl. Hoffmann 2004a: 7). Dies ist wiederum Ansatzpunkt für Fragen nach dem Zusammenhang von Medien und Macht im weitesten Sinne und verweist auf eine politische und theoretische Tradition von Medienkritik,

die sich auf unterschiedliche Weise damit beschäftigt, wie und mit welchen gesellschaftlichen Konsequenzen Medien kontrolliert werden und welche alternativen Modelle vorstellbar sind.

Die Durchsetzung neuer Medientechnologien und deren gesellschaftliche Bedeutung ist jeweils im konkreten gesellschaftlichen Kontext zu verstehen, abhängig von gesellschaftlichen Normen, Interessen, technologischen Entwicklungen sowie konkreten Verwertungsbedingungen. Im Folgenden werden einige zentrale Elemente medienkritischer Debatten vorgestellt, wie sie im europäischen bzw. genauer im deutschsprachigen Kontext ab der Mitte des 20. Jahrhunderts geführt wurden. Es lassen sich hier zwei zentrale Phasen ausmachen: Eine erste Phase ab den 1960er/70er Jahren ist geprägt durch die Nachkriegszeit und von Modernisierungsprozessen, die u.a. eine gesellschaftlich zunehmend flächendeckende Durchsetzung von Massenmedien mit sich bringen. In einer zweiten Phase gehen tiefgreifende gesellschaftliche Transformationsprozesse mit der Verbreitung digitaler Medien einher. Von ähnlichen Grundgedanken geprägt, jedoch erstaunlich getrennt von diesen Diskussionen, findet eine Auseinandersetzung mit der Rolle von Medien im Hinblick auf ungleiche Entwicklungsprozesse im Nord-Süd-Kontext statt, welche sich häufig auf den Begriff Medienimperialismus bezieht. In diesem Kontext ist auch die Mehrzahl der Beiträge in diesem Heft zu verorten.

I. Medienkritik – Öffentlichkeit – Demokratie

Medientheorien – und damit auch Medienkritik – im eigentlichen Sinne, entstanden erst mit dem Auftreten und der Verbreitung von Massenmedien. Ausgehend von den Herausforderungen neuer Einzelmedien wie Fotografie, Film, Telefon etc. wurde zunächst die Gesamtheit sich verändernder Kommunikations- und Gesellschaftsstrukturen hinterfragt (vgl. Mersch 2006: 12ff). Grundsätzlich fortschrittsoptimistische Positionen koexistierten dabei immer wieder mit fundamental kulturpessimistischen Einschätzungen – jeweils ergänzt durch praktische Vorschläge, wie der Umgang mit diesen neuen Medientechnologien fortan zu organisieren und zu verregeln sei. So wurden etwa auf der einen Seite „die Effekte der ‚Mechanisierung‘ von Kommunikation“ und die Gefahr einer „Verkümme-

rung interpersonalen Beziehungen“ kritisiert. Dem stand ein sozialrevolutionäres Pathos gegenüber, welches die Hoffnung in ‚anderen‘, erweiterten Nutzungsmöglichkeiten – als „Agenturen der Aufklärung“ – etwa für die Mobilisierung der ArbeiterInnen sah (ebd.: 58f).

Kritik an den Massenmedien artikuliert sich in vehementer Form in den 1970er/1980er Jahren im Gefolge der StudentInnenproteste in der Bundesrepublik Deutschland. Die in diesem Kontext proklamierte Kampagne „Enteignet Springer“ brachte verschiedene Dimensionen von Kritik auf den Punkt. Zum einen lag ihr die sehr weit reichende These der Macht der Medien als „blinde Manipulationsmaschinen“ (Mersch 2006: 59) zugrunde. Zum anderen implizierte sie eine sehr konkrete Kritik an den bereits zu dieser Zeit sich abzeichnenden massiven Konzentrations- und Kommerzialisierungsprozessen im Mediensektor.

Mit der Manipulationsthese wurden die engen Verbindungen „zwischen gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen und vermachteten Massenmedien“ (Oy 2001: 57) aufgezeigt. Massenmedien, so die Diagnose in Anlehnung an die Frankfurter Schule, würden in der bürgerlichen Gesellschaft „über die Art und Weise wie sie Themen auswählen und präsentieren die ‚wahren Bedürfnisse‘ der Individuen“ (ebd.: 11) manipulieren. Medien seien also als Agenten der Kulturindustrie und Teil der Herrschaftsapparate zu verstehen, deren Funktion Gleichmacherei und Gleichschaltung sei. Die aus dieser Kritik abgeleiteten Forderungen waren sowohl einen politischen Kampf gegen Medienkonzerne zu führen als auch die Notwendigkeit eine „Gegenmanipulation“ bzw. eine „Gegenöffentlichkeit“ aufzubauen (ebd.: 11). Letzteres drückte sich in der Gründung zahlreicher alternativer Medienprojekte aus, welche u.a. bestrebt waren, basisdemokratische Vorstellungen zu verwirklichen.

Interne Kritik an der Manipulationsthese entwickelte sich u.a. an dem dieser und letztlich auch den alternativen Medien zugrunde liegenden Idealbild bürgerlicher Öffentlichkeit, das auf dem Ideal eines herrschaftsfreien rationalen Diskurses basierte (Oy 2001: 11). Vielmehr sei politische Öffentlichkeit jedoch selbst immer als „eine fragmentierte, segmentierte, [...] sich aus verschiedenen Arenen und Akteuren mit ungleichem Zugang zu materiellen Ressourcen und Kommunikationsmitteln“ konstituierende zu verstehen (Hoffmann 2004b: 103). Kritisiert wurde darüber hinaus die starke Betonung des „Senders“ von Informationen bzw. des Produktes,

mittels dessen manipuliert werden soll. Dagegen sei der „Kommunikationsprozess als spezifisches soziales Verhältnis zwischen Sender und Empfänger medialer Botschaften“ zu verstehen und somit also entlang vielfältiger sozialer Praxen zu analysieren (Oy 2001: 57). Entsprechend wurde vorge schlagen, Macht nicht mehr als hierarchisches System zu verstehen, sondern als ein „in zahllose molekulare gesellschaftliche Strukturen aufgespaltenes gesellschaftliches Verhältnis“ (ebd.: 73).

Neben der Manipulationsthese waren politökonomische Entwicklungen im Blick von Medienkritik. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten sich deutliche Konzentrationstendenzen im Mediensektor ab, wenngleich noch überwiegend auf nationaler Basis. Im Kontext des Kalten Krieges stellten jedoch bereits vor allem die vier großen westlichen Nachrichtenagenturen Agence France-Presse (AFP), Reuters, United Press International (UPI) und Associated Press (AP) weltweit ihre KorrespondentInnen auf und dominierten damit die Agenden der Weltnachrichten (Hetzer 2007). Im Kontext neoliberaler Transformationsprozesse seit den 1980er Jahren hat dieser Prozess eine Beschleunigung erfahren und führte zur Herausbildung eines globalen Medienmarktes. Infolge von Diversifizierungsprozessen, Geschäftsfelderweiterungen und Zusammenschlüssen wurde dieser innerhalb kurzer Zeit von wenigen multinationalen Konzernen (wie u.a. AOL/Time Warner, General Electric, Walt Disney Company, Bertelsmann, Vivendi Universal oder Sony) dominiert (Becker 2003: 54). Konzentrationsprozesse erfolgten in dieser Zeit durchaus nicht nur im Mediensektor, aber dort in besonderem Umfang (vgl. ebd.: 52ff; Leidinger 2003: 120ff; Dieckmann 2003). Mit der verstärkten Kommerzialisierung und Machtkonzentration bei der Gestaltung von Medieninhalten wurden die Spielräume für kritische Berichterstattungen und unabhängige Inhalte zunehmend eingeschränkt. Dies war immer wieder Anlass für Forderungen nach staatlich regulierten Nischen, wie etwa öffentlich-rechtlichen Sendern, oder aber alternativen Medienprojekten und Gegenöffentlichkeiten. Die Erfahrungen mit staatlich kontrollierten Medien sind jedoch vor allem in Ländern, welche Erfahrung mit autoritären Regimen haben, durchaus ambivalent (vgl. Hetzer 2007).

2. Medienkritik im Kontext der Wissensgesellschaft

Medienkritik dynamisierte sich in den 1990er Jahren im Hinblick auf die Durchsetzung der zu dieser Zeit als „neue Medien“ bezeichneten digitalen Medientechnologien. Elemente vorangegangener Debatten lebten in diesem Kontext wieder auf und spitzten sich auf neue Weise zu. Kontroverse Einschätzungen möglicher gesellschaftspolitischer Implikationen gingen dabei zunächst wiederum mit sehr materiellen Auseinandersetzungen um konkrete Verwertungsbedingungen einher, wobei verschiedene Debattenstränge unterschieden werden können: Erstens wird reflektiert, welche Implikationen diese „neuen Medien“ für Öffentlichkeit und Demokratie im weitesten Sinne haben können; zweitens lassen sich Debatten ausmachen, welche in diesen „neuen Medien“ so etwas wie eine neue „Leittechnologie“ und damit den Schlüssel für eine völlig neuartige Gesellschaftsformation sehen; in einem dritten Diskussionsstrang werden vor allem die sozialen Folgen der mit Wissensökonomien einhergehenden Verwertungsbedingungen von Wissen, wie etwa die wachsende Bedeutung geistiger Eigentumsrechte, thematisiert.

Vor allem in den 1990er Jahren fanden, parallel zu dem, was auch als „Hype der New Economy“ bezeichnet wird, intensive Auseinandersetzungen über die gesellschaftspolitischen Implikationen der „neuen“ Informations- und Kommunikationstechnologien, allen voran des Internet, statt. Die Debatten knüpften dabei teilweise direkt an vorangegangenen Kritiken an den demokratiepolitischen Defiziten und der Vermachtung herkömmlicher Medien an und fragten, inwieweit sich durch die digitalen Medien neue Spielräume eröffneten oder sich gar bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse verschieben könnten. Zumeist mit einem gewissen technikdeterministischen Überhang wurde auf der einen Seite eine sehr weit gehende Veränderung von Kommunikationsstrukturen und Formen von Öffentlichkeit, eine Relativierung physisch-materieller Raumstrukturen, ja insgesamt sogar eine Immaterialisierung gesellschaftlicher Prozesse angenommen. Vor allem die Idee einer gesellschaftlichen Demokratisierung im virtuellen Raum rief viele OptimistInnen auf den Plan. Auf der anderen Seite wurde jedoch zunehmend die Perpetuierung bestehender Machtverhältnisse auch bzw. gerade im elektronischen Raum betont. Im Netz würde ebenso um Hegemonie gerungen wie in anderen Räumen, lediglich die Vermachtung

der Strukturen war zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht so weit fortgeschritten wie ein Jahrzehnt später (vgl. Sassen 1997, 2001; Oy 2001).

In einer parallel verlaufenden Diskussion wird vor allem die Ablösung der Industrie- durch eine Informations- oder Wissensgesellschaft thematisiert. Basierend auf den Schlüsselfunktionen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien werde in der wissensbasierten Ökonomie die Produktion und Verarbeitung von „Wissen“ zur zentralen Wertschöpfungsgrundlage – Wissen avanciere somit zur zentralen ökonomische Ressource des 21. Jahrhunderts (vgl. Stehr 2001). Mit der generellen Aufwertung von Wissen geht zugleich auch seine ökonomische Inwertsetzung einher sowie neue gesellschaftliche Spaltungen entlang der Frage des Zugangs zu Wissen. Wenngleich die Idee der „wissensbasierten Ökonomie“ durchaus analytische Kategorien zur Beschreibung rezenter gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse anbietet, so ist in vielen Darstellungen durchaus ein hoher normativer Anteil festzustellen. Die Idee der „wissensbasierten Ökonomie“ kann also auch „als ein immer dominanter und hegemonialer werdender Diskurs“ oder als gesellschaftliche „Großerzählung“ aufgefasst werden, die in vielen Akkumulationsstrategien und gesellschaftlichen Projekten orientierend wirkt (vgl. Jessop 2003: 98ff). Reale Entwicklungen und die Begründung machtförmiger Strategien im Sinne eines „Sachzwangs Wissensgesellschaft“ sind insofern zu unterscheiden.

Eine weitere Debatte setzt an dieser Stelle an. Bereits heute entzündeten sich an den konkreten Zugangsbedingungen massive Auseinandersetzungen, denn mit der Aufwertung von Wissen und Informationsgütern gehen zunehmend wachsende Interessen an exklusiven Nutzungs- und Kontrollbefugnissen, etwa durch immaterielle Eigentumsrechte, einher. Die konkrete Ausgestaltung von Eigentumsrechten und deren Begründung ist jeweils umkämpft und nimmt raum-zeitlich unterschiedliche Formen an. Technologische Entwicklungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Durchsetzung gesellschaftlicher Normen und konkrete Verwertungsbedingungen. Das heute etwa in Konflikten um Kopierschutz zutage tretende Spannungsverhältnis zwischen exklusiven Verwertungsinteressen und gesellschaftlichem Allgemeininteresse an der Zugänglichkeit von Wissen weist Parallelen auf zur historischen Durchsetzung des Urheberrechtes und zeigt, dass Auseinandersetzungen um die Verwertungsbedingungen von Wissen keineswegs neu sind. In den resultierenden Verregelungsmodellen manifes-

tieren sich letztendlich – in einem raum-zeitlich konkreten gesellschaftlichen Kontext – eine Vielzahl widersprüchlicher Interessen (vgl. Hofmann 2002; Hofmann/Katzenbach 2006; Dreier/Nolte 2006; Nuss 2006).

3. Medien- und Kulturimperialismus

Wenngleich sich die geschilderten Debatten vor allem auf die Zentren beziehen, so wurde, weitgehend parallel dazu, die Rolle von Medien für (ungleiche) Entwicklungsprozesse der Peripherie bereits seit den 1950er Jahren diskutiert – sowohl im akademischen Bereich als auch in nationalen und internationalen Politik-Arenen, wobei die politischen Lösungsangebote durchaus unterschiedlich ausfielen. Die Beiträge in diesem Heft vermitteln Einblicke in diese medienkritischen Debatten im Nord-Süd-Kontext.

In einem einführenden Beitrag gibt Cees J. Hamelink einen Überblick über die wechselhaften Auseinandersetzungen zur Relevanz von (Massen-)Medien für Entwicklung im Allgemeinen und für „Entwicklungsländer“ im Besonderen, wie sie vor allem in internationalen Politik-Arenen geführt wurden. In der Nachkriegszeit vorherrschend waren eher modernisierungstheoretisch inspirierte Rezepte. Entsprechend dem 1948 von der UNESCO proklamierten Prinzip des freien Informationsflusses und zugleich in Einklang mit den Prinzipien freier Marktwirtschaften wurde der Transfer westlicher „fortschrittlicher“ Werte propagiert, „um traditionelle, ‚entwicklungshemmende‘ Faktoren in den so genannten Entwicklungsländern zu überwinden“ (Hetzer 2007). Die Forderung nach einem Ausbau der Mediensektoren wurde in diesem Zusammenhang auch Teil von offiziellen entwicklungspolitischen Interventionen, die jedoch gleichzeitig mit der zunehmend aggressiveren Expansionslogik westlicher Medienkonzerne einhergingen (vgl. Hetzer 2007).

Diese Tendenz stieß auf die massive Kritik von eher dependenztheoretisch geprägten Positionen, welche die systematische Fortschreibung von wirtschaftlichen, politischen, aber eben auch kulturellen Abhängigkeitsmustern seit der Kolonialzeit thematisierten. Es herrsche kein gleichberechtigter Informationsaustausch, sondern Abhängigkeitsverhältnisse und asymmetrische Weltnachrichten- und Technologieflüsse von Nord nach Süd, einhergehend mit kultureller Manipulation und Homogenisierung. Dadurch würde

das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung der sich neu formierenden Staaten“ in Frage gestellt und koloniale Dominanzverhältnisse fortgeschrieben (vgl. Hetzer 2007; Leidinger 2003: 258ff). Diese Argumente wurden spätestens seit den 1970er Jahren von Seiten der Blockfreien Staaten mit dem Begriff Kultur- und Medienimperialismus vorgebracht. Nicht nur die ungleiche Ausstattung von Entwicklungsländern mit Medieninfrastrukturen, sondern die asymmetrische Weltinformationsordnung, welche durch Entwicklungshilfeprogramme eher noch verstärkt würde, wurde damit betont. Dies mündete in Forderungen nach mehr nationaler Souveränität und kultureller Autonomie, die sich – analog zu Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO) – in Forderungen nach einer Neuen Internationalen Informationsordnung ausdrückten (*New International Information Order* – NIIO).

Mit dem Aufkommen digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien erfuhr auch die medienkritische Debatte im Nord-Süd-Kontext eine erneute Dynamisierung und rief OptimistInnen auf den Plan, die in den Technologien eine Chance zur Überwindung bisheriger globaler Ungleichheiten sahen. Festzustellen ist jedoch auch hier häufig eine Überbetonung technologischer Lösungen. So wurde auf den beiden Weltgipfeln zur Informationsgesellschaft (WSIS) 2003 in Genf und 2005 in Tunis, den so genannten Cyber-Gipfeln, zwar wiederum eine gerechtere Teilhabe aller an den neuen Informationstechnologien gefordert. Zugrunde liegende Machtfragen und inwiefern gerade die westlich hegemoniale Idee der Informationsgesellschaft bestimmte Wirtschaftsformen favorisiert, während sie andere marginalisiert, blieben jedoch ausgeblendet. Mit einer Schließung digitaler Spaltungen sei, so Hamelink in seinem Beitrag, im Kontext einer asymmetrischen Weltordnung nur dann zu rechnen, wenn dies für das Funktionieren dieser Weltordnung selbst profitabel sei – etwa indem Verwertungsmöglichkeiten und digitale Kontrollmöglichkeiten durch den Einschluss neuer NutzerInnengruppen ausgeweitet werden. In diesem Zusammenhang entpuppt sich das Internet eher als eine „neue Phase des Kolonialismus in digitaler Verkleidung“ – der marginalisierte AkteurInnen nicht durch Einschlussbestrebungen, sondern vielmehr nur durch bewusste „digitale Abspaltung“ begegnen können.

Einen Überblick über verschiedene Phasen kontroversieller akademischer Debatten zu Kultur- und Medienimperialismus, wie sie seit den

1950er Jahren insbesondere im Umfeld der Kommunikationswissenschaften geführt wurden, gibt im Anschluss Janet Wasko. In einer ersten Phase in den 1960er und 1970er Jahren wurden unter dem Begriff Medienimperialismus vor allem einseitige Flüsse von Medieninhalten sowie die Dominanz von US-Produkten und -Unternehmen kritisiert. KritikerInnen der These betonten das durchaus eigenständige, oft widerständige und von Reinterpretationsstrategien geprägte Agieren von RezipientInnen (*active audience*) gegenüber Medienbotschaften. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang auch, dass Medienimperialismuskritik historisch und politisch eng mit der Nachkriegszeit und dem Kalten Krieg verbunden sei und zugleich oftmals mit zu romantisierenden Vorstellungen operiere: von unberührten und authentischen indigenen Kulturen, welchen von außen fremde Werte übergestülpt würden (vgl. auch Leidinger 2003: 261). In den letzten Jahrzehnten wurde die kritische Analyse medienimperialistischer Praktiken im Hinblick auf neoliberale Transformationsprozesse wieder aufgenommen. Betont wurden die Auswirkungen neoliberaler Politik und weiterer Kommerzialisierungsprozesse sowie die Implikationen von geistigen Eigentumsrechten. Von SkeptikerInnen wurde die Medienimperialismusthese angesichts des Heranwachsens neuer regionaler MedienproduzentInnen, der Regulierungsoptionen nationaler Regierungen sowie der Rolle von NutzerInnenpräferenzen in Frage gestellt. All dies in Betracht ziehend, kommt Wasko zu dem Schluss, dass die nach wie vor ungleichen Informationsflüsse, die marktbeherrschende Stellung weniger kommerzieller Medienunternehmen sowie die Dominanz westlicher Lifestyle-Konzepte für eine Verwirklichung kultureller Vielfalt nicht förderlich sei.

Indem Naomi Sakr und Georgette Wang allzu einfache Modelle von einseitig US-dominierten globalen Medienflüssen in Frage stellen, zeigen sie anhand von TV-Programmen in China und in der arabischen Welt Widersprüchlichkeiten, Differenzierungen und auch Gegenteiligkeiten auf. Am Beispiel jüngerer Medienentwicklungen in der arabischen Welt untersucht Sakr, inwieweit die These eines US-dominierten Medienimperialismus hier zu relativieren sei. Zum einen lege die Tatsache einer dynamischen Expansion regionaler Medienstationen im arabischen Raum die Entstehung neuer multidirektionaler Medienflüsse nahe. Zum anderen ließen die militärischen US-Interventionen sowie offene Repressionen gegen JournalistInnen und Medienstationen eine Verlagerung imperialer Praktiken weg

von konsensual basiertem Medienimperialismus hin zur Ausübung eher direkter militärischer Gewalt vermuten. Anhand der Programmentwicklung der größten arabischen Satelliten-Fernsehkkanäle zeigt Sakr, dass starke nationale arabische Elitefraktionen ein großes Eigeninteresse an US-amerikanischer militärischer Unterstützung haben und daher, um ihre eigene Position abzusichern und durchaus gegen interne nationale Widerstände, bei der TV-Programmgestaltung eng mit den USA kooperieren. Diese Form der Kollaboration unterstütze also letztendlich weitere US-imperialistische Kontrolle.

Die Notwendigkeit, über zu einfache dichotome Darstellungen hinauszugehen, zeigt Wang auf. Während auf der einen Seite kritische Positionen, basierend auf der Medienimperialismusthese, die marktbeherrschende Stellung Hollywoods, Amerikanisierung und Homogenisierung lokaler Kulturen thematisieren, betonen postmoderne Positionen die zunehmenden Ausdifferenzierungsprozesse, Diversifizierungen und die Auflösung bisheriger Grenzziehungen. Am Beispiel von ZuschauerInnenumfragen bei der Gestaltung von Reality-Shows in China zeigt Wang auf, dass kulturelle Präferenzen von RezipientInnen durchaus auch zur Veränderung von (importierten) Medieninhalten führten. Wenngleich also kulturelle Praktiken in ökonomische Prozesse integriert wurden, bewahrten sie doch ein Maß an Autonomie. Die von MedienproduzentInnen transportierte Idee einer „Ent-Kulturalisierung“ von Medienprodukten für globalisierte Märkte ginge also in Hinblick auf NutzerInnenpräferenzen nicht auf. Dichotome Sichtweisen müssten angesichts dieser Tatsache überwunden und ZuschauerInnen sowohl als passive KonsumentInnen als auch als autonome Subjekte betrachtet werden.

Franz Nuscheler und Veronika Wittmann geben einen Einblick in Debatten zur Wissensgesellschaft im Hinblick auf globale Entwicklungsprozesse. Ausgehend von der These, dass Wissen die zentrale ökonomische Ressource des 21. Jahrhunderts sei, skizzieren sie, wie sich entlang der Zugangsmöglichkeiten zu Wissen und Informationen neue gesellschaftliche Spaltungen ausmachen lassen. Dieser *Digital Divide* verlaufe und verstärke sich entlang regionaler, sozialer, ethnischer, geschlechtsspezifischer Linien und könne als neue Dimension von Zentrum-Peripherie-Disparitäten verstanden werden. Die Analyse dieser Entwicklungen führt zur Forderung, dass der Zugang zu Informationen und Wissen den Status

von *Global Public Goods* erlangen müsse, was aber häufig Verwertungsinteressen entgegenstehe. Ansatzpunkte zur Überwindung dieser Kluft werden etwa in *Open-Source Software* sowie im *Empowerment* der EmpfängerInnen von Entwicklungsprojekten gesehen.

Der Beitrag von Almut Schilling-Vacaflor bewegt sich inhaltlich außerhalb des Medienschwerpunktes und zeigt am Beispiel indigener Organisationen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess den Zusammenhang zwischen indigenen Identitäten und politisch-rechtlichen Forderungen auf. Verdeutlicht wird, dass kulturelle Identitäten erst im Beziehungsverhältnis zwischen Gruppen entstehen und dabei nicht statisch sind, sondern durchaus flexibel und situationsbedingt aushandelbar. So kann die Betonung unterschiedlicher Identitätsverständnisse in politischen Prozessen durchaus strategischen Charakter haben, etwa bei der Durchsetzung unterschiedlicher politischer Forderungen. Dies wird anhand von zwei indigenen Organisationen in Bolivien mit sehr unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen dargestellt.

Der Heftschwerpunkt macht die analytische Komplexität sowie die politische Aktualität von Medien im Nord-Süd-Kontext deutlich. Da das vorliegende Heftkonzept erst in einer sehr späten Phase von mir übernommen wurde, sei an dieser Stelle auch denjenigen gedankt, die in verschiedenen früheren Phasen zur Entstehung des Schwerpunktes beigetragen haben.

Literatur

- Becker, Konrad (Hg., 2003): Politik der Infosphäre. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/publikationen/MDW6DP.html>, 2.3.2008.
- Dieckmann, Martin (2003): Krisenumbruch in der Medienwirtschaft. In: Forum Wissenschaft 2/2003. <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/441481.html>, 2.3.2008.
- Dreier, Thomas/Nolte, Georg (2006): Einführung in das Urheberrecht. In: Hofmann, Jeanette (Hg.): Wissen und Eigentum. Geschichte, Recht und Ökonomie stoffloser Güter. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 41-63. <http://www.bpb.de/publikationen/TRRZ2E.html>, 2.3.2008.
- Hetzer, Andreas (2007): Der Kampf um die Deutungshoheit. Die Demokratisierung der Medien in Lateinamerika als Bestandteil politischer Transformation. In: *ila* 308, 4-6. <http://www.ila-bonn.de/artikel/ila308/deutungshoheit.htm>, 2.3.2008.

- Hoffmann, Bert (2004a): Medien und ihre Mittel. In: Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 28, 7-12.
- Hoffmann, Bert (2004b): Zwischen Exklusion und Demokratisierung: Internet und Öffentlichkeit in Lateinamerika. In: Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 28, 101-118.
- Hofmann, Jeanette (2002): „Weisheit, Wahrheit und Witz“ – Über die Personalisierung eines Allgemeinguts. In: PROKLA 126, 126-148.
- Hofmann, Jeanette/Katzenbach, Christian (2006): Einführung. In: Hofmann, Jeanette (Hg.): Wissen und Eigentum. Geschichte, Recht und Ökonomie stoffloser Güter. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 9-20. <http://www.bpb.de/publikationen/TRRZ2E.html>, 2.3.2008.
- Jessop, Bob (2003): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, 89-111.
- Kübler, Hans-Dieter (2003): Medien- und Massenkommunikation: Begriffe und Modelle. In: Kübler, Hans-Dieter (Hg.): Kommunikation und Medien. Eine Einführung. Münster: LIT, 91-129. <http://www.mediaculture-online.de>, 31.5.2008.
- Leidinger, Christiane (2003): Medien – Herrschaft – Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mersch, Dieter (2006): Medientheorien zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Oy, Gottfried (2001): Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sassen, Saskia (1997): Die neue Zentralität – Auswirkungen von Telematik und Globalisierung. In: Maar, Christa/Rötzer, Florian (Hg.): Virtual Cities. Die Neuerfindung der Stadt im Zeitalter der globalen Vernetzung. Basel: Birkhäuser.
- Sassen, Saskia (2001): Machtverhältnisse im Elektronischen Raum. In: Das Argument 238, 701-707.
- Stehr, Nico (2001): Moderne Wissensgesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 36, 7-14.